



Inhalt

1. Rede zur UEFA Euro 2024 in Deutschland	2
2. Rede zum Finanzmarkt-Digitalisierungsgesetz.....	2
3. Ablehnung des WHO-Pandemievertrags	3
4. Alles für Dänemark!.....	4
5. Drucksachen der AfD-Fraktion.....	5

DEM DEUTSCHEN VOLKE

1. Rede zur UEFA Euro 2024 in Deutschland

Die Union stellte einen Antrag zur kommenden Fußball-EM zur Debatte. Der war inhaltlich eher dünn, denn es sollte z. B. für die Sicherheit von Spielern und Fans gesorgt werden und ein Mobilitätskonzept wurde gefordert. Alles eigentlich selbstverständliche Dinge. Wir leben aber in Ampel-Zeiten, da ist selbst die Bahn unpünktlich wie nie. So gesehen ist der Antrag denn doch wieder gut, da er die Regierung an ein paar automatisch funktionierende Dinge erinnert.

Kurios an der Sache war, dass die Union zwar den Antrag gestellt hat, aber dann ihr erster Redner nicht pünktlich erschien, als der Tagesordnungspunkt aufgerufen wurde. Peinlich, peinlich. Es handelte sich um den ehemaligen Staatssekretär Stephan Mayer von der CSU.

Jörn König erklärt: „Wir leben aber nicht in guten Zeiten und es ist einfach nur peinlich, wie Frau Faeser sportliche Großveranstaltungen für politische Zwecke missbraucht. Schon bei der Fußball-WM in Katar hat Frau Faeser im Stadion eine politische Armbinde getragen. Vielleicht wird sie wieder oder wer auch immer mit Armbinden in deutschen Stadien auftreten. Die Träger der Binden werden vor Ideologiebesoffenheit gar nicht merken, in welchen unseligen Fußstapfen sie treten. Deutsche Politiker mit Armbinden will bei uns in Deutschland niemand mehr sehen!“

Hier geht's zu meiner Rede:

<https://www.bundestag.de/mediathek?vi-deoid=7607611#url=L21lZGlhdGhla292ZXJsYXk/dmlkZW9pZD03NjA3NjEx&mod=mediathek>

2. Rede zum Finanzmarkt-Digitalisierungsgesetz

Im Deutschen Bundestag wurde am Donnerstag in erster Lesung ein Gesetzentwurf der Bundesregierung beraten, der die EU-Richtlinie zur Harmonisierung der Kryptomärkte (Markets in Crypto-Assets Regulation – MiCAR) in nationales Recht überführt. Damit soll ein einheitlicher Regulierungsrahmen für Kryptowerte geschaffen werden, der Innovationen fördern und die Wahrung der Finanzstabilität sicherstellen soll.

Die AfD-Bundestagsfraktion begrüßt zwar die Zunahme an Rechtssicherheit für die Marktteilnahme mit Kryptowerten und die längst überfälligen Legaldefinitionen von wichtigen Fachbegriffen. Allerdings ist im Gegensatz zu den Verlautbarungen damit befasster Regierungspolitiker mit einem solchen Gesetz der Kryptostandort Deutschland keinesfalls gesichert. Die AfD setzt sich seit jeher für einen Bürokratiearmen Staat ein und lehnt die übergriffigen Zugriffsfantasien der Ampel entschieden ab.

Jörn König erklärt dazu: „Die heutige EU ist aus meiner Sicht absolut nicht tragbar. Das sieht man auch immer wieder aufs Neue, wenn uns deutschen Parlamentariern wieder diese EU-Richtlinien-Umsetzungsgesetze ins Haus flattern. Dann sollen wir brav in deutschen Worten abnicken, was eine nicht einmal demokratisch legitimierte Kommission vorschreibt. Wir haben da immer sehr große Bauchschmerzen.

Die MiCAR Regeln sind zwar ein erster, in Teilen auch guter, Schritt zu einer Regulierung von Kryptowerten. Aber sogar ehemalige hochrangige Mitarbeiter der BaFin sehen die als Regulierungsmaßnahmen teilweise unangemessen an. Apropos BaFin. Eine Regulierungsbehörde, die jetzt schon weit über dem Limit arbeitet und kein qualifiziertes Personal findet, bekommt jetzt noch so einen Brocken drauf gesetzt. Wir nehmen die Regierung hier aber definitiv in die Pflicht dafür zu sorgen, dass die BaFin hier gestärkt wird. Keiner von uns will ein 2. Wirecard.“

Hier geht's zu meiner Rede:

<https://www.bundestag.de/mediathek?vi-deoid=7607620#url=L21lZGlhdGhla292ZXJsYXk/dmlkZW9pZD03NjA3NjIw&mod=mediathek>

3. Ablehnung des WHO-Pandemievertrags

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) steht immer wieder im Zentrum globaler Gesundheitsdebatten. Als eine der Hauptbehörden, die sich mit internationalen Gesundheitsfragen beschäftigt, hat sie die Aufgabe, die weltweite öffentliche Gesundheit zu fördern und zu schützen. Jedoch sieht sich die WHO zurecht mit Kritik konfrontiert, die ihre Effizienz, Transparenz und Unparteilichkeit in Frage stellt.

Die WHO ist im Grunde genommen ein Lobbyverein, da die Organisation in hohem Maße von freiwilligen Beiträgen der Mitgliedsstaaten und insbesondere von privaten Spenden abhängt. Derzeit treibt die WHO insbesondere zwei Initiativen voran. s handelt sich zum einen um den Abschluss eines Pandemievertrages und zum anderen um die Überarbeitung der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV).

Die AfD- Bundestagsfraktion lehnt die WHO in dieser Form entschieden ab und fordert in einem Antrag von der Bundesregierung, bis zum 1. Juni 2025 in Zusammenarbeit mit internationalen Partnern einen Untersuchungsbericht zur Rolle der WHO während der Corona-Krise vorzulegen und Vorbereitungen für die rechtzeitige Erhebung eines Widerspruches gegen die Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften zu treffen.

Jörn König dazu: „Dass eine Organisation stets den Willen ihrer Geldgeber widerspiegelt, das dürfte eigentlich jedem klar sein. Alleine schon, wenn Bill Gates mit seiner Stiftung der größte private Geldgeber ist, sollte jeder hellhörig werden. Wir lehnen diese WHO entschieden ab. Wer erinnert sich noch an seine Aussage, dass wir jetzt ins Zeitalter der Pandemien eingetreten sind? Da wird doch der Bock zum Gärtner gemacht. Wir lehnen diese WHO in der Form entschieden ab. Die Transparenz und Rechenschaftspflichten sind grostig und die mangelnde Parteilosigkeit brauche ich ja mit einem Fingerzeig auf die Finanzierung nicht mehr erklären. Ich will nie wieder, dass sich Deutschland einer globalen Knechtschafts-Agenda wie zur Corona Zeit unterwerfen muss.“

4. Alles für Dänemark!

Die Folgen der ungebremsten Migration in unser Land sind inzwischen so unübersehbar, dass sogar die Altparteien sich genötigt fühlen, von Zeit zu Zeit über geregelte Migration zu sprechen. Immer öfter sind entsprechende Phrasen zu vernehmen. Reden und Handeln sind aber immer noch zwei Paar Schuhe. Entgegen allen Lippenbekenntnissen ist die Ampelkoalition weder fähig noch gewillt, etwas gegen die Masseneinwanderung und ihre negativen Folgen zu unternehmen.

Ein Vorbild, wie man die Entwicklungen vergangener Jahrzehnte zumindest teilweise umkehren und die Weichen für eine gesunde Migrationspolitik stellen könnte, ist unser nördlicher Nachbar Dänemark. Dort gibt es Wohnungsbauinitiativen zur Bekämpfung von Parallelgesellschaften, aber auch wichtige soziale Anreize, um zu verhindern, dass zu viele Einwanderer ohne Bildung, Job und ohne die Sprache zu beherrschen eine zu große Belastung für den Sozialstaat darzustellen. Die Dänen haben verstanden, dass ein Sozialsystem nur funktioniert, wenn es eine starke Identifikation mit dem eigenen Volk und daraus resultierend eine entsprechende Leistungsbereitschaft gibt. Entlang der dänischen Regularien hat die AfD-Bundestagsfraktion nun einen Antrag gestellt, der das dänische Muster auf Deutschland überträgt.

Jörn König meint: „Einwanderung muss mit Integration einhergehen. Deutschlands Sozialsystem ist Migrationsmagnet Nr. 1 und bietet keinerlei Anreize für Integration. Wenn auf der einen Seite versichert wird, dass man die Zuwanderung aufgrund des Fachkräftemangels doch so dringend brauche, dann muss man auf der anderen Seite auch sicherstellen, dass diejenigen die einwandern wollen auch genau dieses Kriterium erfüllen: Fachkraft sein. Dieses System ist ungerecht den Migranten gegenüber, die sich integrieren und einen Beitrag leisten wollen. Wer nach Zuwanderung ruft, muss auch Integration ermöglichen und einfordern.“

5. Drucksachen der AfD-Fraktion

- 20/10210 [Drucksache als PDF](#) Zusammenarbeit des Auswärtigen Amts mit privaten Stiftungen
- 20/10211 [Drucksache als PDF](#) Einführung eines sogenannten Bauernsolidaritätsbeitrages
- 20/10205 [Drucksache als PDF](#) Die These des Völkermords an den Herero als Grundlage freiwilliger deutscher Entschädigungszahlungen an Namibia -20/10003-
- 20/10228 [Drucksache als PDF](#) Weitere Fragen zur Parlamentsberatung durch die Bundesregierung (Nachfrage zu der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 20/9977)
- 20/10230 [Drucksache als PDF](#) Tarifbindung in der Leiharbeit - Arbeitnehmerüberlassung
- 20/10231 [Drucksache als PDF](#) Diversgeschlechtlichkeit in Deutschland 2022 und 2023
- 20/10239 [Drucksache als PDF](#) Einstufung als Verschlussache - Nur für den Dienstgebrauch (VS-NfD)
- 20/10206 [Drucksache als PDF](#) Nutzung der Flugbereitschaft der Bundeswehr insbesondere durch Mitglieder der Bundesregierung und ihre Familienangehörigen seit Mai 2022 (Nachfrage zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 20/9292) -20/9656-
- 20/10207 [Drucksache als PDF](#) Deutsche Entwicklungszusammenarbeit in Afghanistan – Förderung der beruflichen Bildung -20/10049-
- 20/10216 [Drucksache als PDF](#) Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für Gesundheit -20/10043-
- 20/10244 [Drucksache als PDF](#) Terroristische Personenpotenziale und verhinderte Anschläge
- 20/10245 [Drucksache als PDF](#) Mögliche Verunreinigung der COVID-Impfstoffe durch bakterielle Plasmid DNA
- 20/10214 [Drucksache als PDF](#) Projekte zur Vermeidung von Plastikmüll im Mittelmeer- und Karibikraum -20/10051-
- 20/10227 [Drucksache als PDF](#) Gutachten zu Haftungsansprüchen gegenüber dem Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur a. D. Andreas Scheuer wegen der von der Bundesrepublik Deutschland zu tragenden Entschädigungszahlungen -20/10052-
- 20/10229 [Drucksache als PDF](#) Grenzwert für Kontaminationen des COVID-19-Impfstoffs Comirnaty mit Desoxyribonukleinsäure -20/10072-
- 20/10232 [Drucksache als PDF](#) Europäische Initiativen zur Stärkung der Verteidigungsindustrie und ihre nationale Umsetzung -20/9882-

- 20/10249 [Drucksache als PDF](#) Planungen zu einem Friedensgipfel zur Beendigung des Krieges zwischen Russland und der Ukraine
- 20/10251 [Drucksache als PDF](#) Berichterstattung des Statistischen Bundesamtes über das Sterbegeschehen seit dem Jahr 2020
- 20/10255 [Drucksache als PDF](#) Vorhaben im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit Albanien - Sozio-ökonomische Stärkung von Frauen in ländlichen Regionen Zentralalbanien
- 20/10256 [Drucksache als PDF](#) Kriminalitätsfelder in Bezug auf Bahnhöfe in Baden-Württemberg im zweiten Halbjahr 2023 und Gesamtjahr 2023
- 20/10240 [Drucksache als PDF](#) Deutsche Entwicklungszusammenarbeit in Afghanistan – Wiederherstellung von Waldlandschaften für Ernährungssicherung -20/10096-
- 20/10241 [Drucksache als PDF](#) Beschäftigung in der Leiharbeit – Arbeitnehmerüberlassung -20/9981-
- 20/10264 [Drucksache als PDF](#) Neustrukturierung des internationalen Wettbewerbs
- 20/10265 [Drucksache als PDF](#) Mögliche Beeinträchtigung der Wissenschaftsfreiheit durch den Queer- Beauftragten der Bundesregierung
- 20/10266 [Drucksache als PDF](#) Loitering-Munition für die Bundeswehr
- 20/10269 [Drucksache als PDF](#) Erreichbarkeit der Ziele des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr bei der Brückenmodernisierung
- 20/10270 [Drucksache als PDF](#) Kosten der fotografischen Begleitung der Weltklimakonferenz 2023
- 20/10272 [Drucksache als PDF](#) Aktuelle Lage der Tierheime in Deutschland
- 20/10273 [Drucksache als PDF](#) Vorhaben im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit Albanien - Sozioökonomische Stärkung und Reintegration von strafgefangenen Frauen und Minderjährigen in Albanien
- 20/10274 [Drucksache als PDF](#) Vorhaben im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit Albanien - Soziale Inklusion und politische Partizipation von Rom*inja und Rückkehrenden
- 20/10257 [Drucksache als PDF](#) Erfassung von Gewaltdelikten mit Messern durch die Bundespolizei im zweiten Halbjahr 2023 und im Gesamtjahr 2023 -20/10140-
- 20/10259 [Drucksache als PDF](#) Effektivität der deutschen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Republik Mali -20/10142-
- 20/10262 [Drucksache als PDF](#) Teilnahme am Weltwirtschaftsforum in Davos 2024 -20/10144-
- 20/10268 [Drucksache als PDF](#) Deutschlandwetter im Jahr 2023 – Messstationen des Deutschen Wetterdienstes -20/10166-

- 20/10278 [Drucksache als PDF](#) Gesamtkosten für Beschaffung, Lagerung und Vernichtung der verschiedenen noch nicht an die Subvariante Omikron XBB.1.5 angepassten Corona-Impfstoffe -20/9998-
- 20/10279 [Drucksache als PDF](#) Arbeits- und Entwicklungsstand sowie Fahrplan des generalstabsmäßigen Ausbaus von Windkraftanlagen -20/10153-
- 20/10271 [Drucksache als PDF](#) Gefangenepost für Mitglieder der Hammerbande
- 20/10287 [Drucksache als PDF](#) Doppel- und Mehrstaater unter den deutschen Tatverdächtigen der im Kontext des Nahostkonflikts seit dem 7. Oktober 2023 begangenen Straftaten -20/10154-
- 20/10293 [Drucksache als PDF](#) Effektivität der Entwicklungszusammenarbeit im Tourismus
- 20/10291 [Drucksache als PDF](#) Reduktion des Temperaturpfades gemäß dem Auswärtigen Amt -20/10163-
- 20/10298 [Drucksache als PDF](#) Demonstrationen gegen Rechtsextremismus am vorletzten Januarwochenende 2024
- 20/10306 [Drucksache als PDF](#) Ausreise und Rückkehr von Hamaskämpfern und Unterstützern aus Deutschland in die palästinensischen Autonomiegebiete nach den Angriffen vom 7. Oktober 2023 auf den Staat Israel
- 20/10308 [Drucksache als PDF](#) Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland
- 20/10309 [Drucksache als PDF](#) Kriminalitätsfelder in Bezug auf Bahnhöfe und Züge im zweiten Halbjahr 2023 und im Gesamtjahr 2023
- 20/10316 [Drucksache als PDF](#) Mögliche Kontakte der Bundesregierung zu Correctiv
- 20/10317 [Drucksache als PDF](#) Finanzierung und Doppelfinanzierung von ausländischen Nichtregierungsorganisationen in den Palästinensischen Autonomiegebieten durch das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
- 20/10323 [Drucksache als PDF](#) Beobachtung der AfD durch das Bundesamt für Verfassungsschutz
- 20/10324 [Drucksache als PDF](#) Das Strompreispaket der Bundesregierung
- 20/10329 [Drucksache als PDF](#) Verjährungsbedingte Einnahmeausfälle des Bundesamtes für Justiz bei Forderungen aus Ordnungsgeldverfahren nach § 335 des Handelsgesetzbuchs – Stand: 31. Dezember 2023
- 20/10311 [Drucksache als PDF](#) Entgelte in der Leiharbeit - Arbeitnehmerüberlassung -20/10028-
- 20/10319 [Drucksache als PDF](#) Berichterstattung des Statistischen Bundesamtes über das Sterbegeschehen seit dem Jahr 2020 -20/10251-
- 20/10332 [Drucksache als PDF](#) Verfahren des Generalbundesanwalts beim Bundesgerichtshof seit dem Jahr 2013, Stand: 31. Dezember 2023

- 20/10333 [Drucksache als PDF](#) Kosten der Systementwicklungsstrategie
- 20/10367 [Drucksache als PDF](#) Gegen jede Form des Rassismus, auch der anti-weißen Diskriminierung in Deutschland
- 20/10372 [Drucksache als PDF](#) Vom dänischen Umgang mit Parallelgesellschaften lernen – Strategische Wende in der Stadt- und Wohnungsbaupolitik einleiten
- 20/10325 [Drucksache als PDF](#) Beschäftigung nach Nationalität – Juni 2023 (Nachfrage zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 20/9967) -20/10034-
- 20/10327 [Drucksache als PDF](#) Einhaltung des Föderalismusprinzips und Neutralitätsgebots durch die Staatsministerin für Kultur und Medien -20/10185-
- 20/10373 [Drucksache als PDF](#) Entwurf eines Gesetzes zur Steigerung der Blutspendebereitschaft in der Bevölkerung
- 20/10342 [Drucksache als PDF](#) Mögliche Wettbewerbsverzerrung durch presseähnliche Angebote des öffentlich- rechtlichen Rundfunks im Internet
- 20/10343 [Drucksache als PDF](#) Gefährdung des Victoriasees durch Umweltzerstörung
- 20/10344 [Drucksache als PDF](#) Einhaltung des Neutralitätsgebots gegenüber der AfD durch die Staatsministerin für Kultur und Medien
- 20/10345 [Drucksache als PDF](#) Finanzierung von Nichtregierungsorganisationen (Nachfrage zu den Antworten der Bundesregierung auf die Kleinen Anfragen auf Bundestagsdrucksachen 20/7884 und 20/8838)
- 20/10388 [Drucksache als PDF](#) Den rechtsstaatlichen Finanz- und Wirtschaftsstandort Europa nicht durch rechtswidrige Verwendung russischen Staatsvermögens zerstören
- 20/10389 [Drucksache als PDF](#) Deutsche Landwirtschaft wirklich entlasten – Höfesterben sofort beenden
- 20/10390 [Drucksache als PDF](#) Stilllegungsflächen für die Nahrungs- und Futtermittelproduktion fristlos freigeben
- 20/10391 [Drucksache als PDF](#) Ablehnung des WHO-Pandemievertrags sowie der überarbeiteten Internationalen Gesundheitsvorschriften
- 20/10392 [Drucksache als PDF](#) Förderung und Unterstützung ehrenamtlicher Funktionsträger im Sportverein
- 20/10393 [Drucksache als PDF](#) Förderung quelloffener KI-Lösungen
- 20/10394 [Drucksache als PDF](#) Fachkräfteinitiative für die Fusionsforschung
- 20/10395 [Drucksache als PDF](#) zu dem Vorschlag für die Änderung der Verordnung (EU, Euratom) 2020/2093 zur Festlegung des mehrjährigen Finanzrahmens für die Jahre 2021 bis 2027 hier: Stellungnahme des Deutschen Bundestages nach Artikel 23 Absatz 3 des Grundgesetzes Friedenslösung statt Kriegsunterstützung – keine weiteren Gelder für die EU

- 20/10335 [Drucksache als PDF](#) Einführung eines sogenannten Bauernsolidaritätsbeitrages -20/10211-
- 20/10336 [Drucksache als PDF](#) Zusammenarbeit des Auswärtigen Amts mit privaten Stiftungen -20/10210-
- 20/10340 [Drucksache als PDF](#) Diversgeschlechtlichkeit in Deutschland 2022 und 2023 -20/10231-
- 20/10436 [Drucksache als PDF](#) Die Beauftragten der Bundesregierung, die Bundesbeauftragten sowie die Koordinatoren der Bundesregierung deutlich reduzieren
- 20/10341 [Drucksache als PDF](#) Weitere Fragen zur Parlamentsberatung durch die Bundesregierung (Nachfrage zu der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 20/9977) -20/10228-
- 20/10348 [Drucksache als PDF](#) Zu den Investitionen der Bundesregierung in Künstliche Intelligenz -20/10097-
- 20/10354 [Drucksache als PDF](#) Tarifbindung in der Leiharbeit - Arbeitnehmerüberlassung -20/10230-